



Anlage 2: Durchführung des Verfahrens zur Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation und zur Erteilung einer Berufsausübungserlaubnis

Anerkennungsverfahren

Auf Grundlage dieser Vermittlungsabsprache können ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der BA in eine Beschäftigung im Gesundheitswesen in Deutschland vermittelt werden, um das Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation durchzuführen und der erforderlichen Erteilung der Berufsausübungserlaubnis. Der hierfür erteilte Aufenthaltstitel ermöglicht der ausländischen Fachkraft die Einreise nach Deutschland ohne dass bereits vor Einreise nach Deutschland die Gleichwertigkeit des Berufsabschlusses festgestellt sein muss. Die Gleichwertigkeitsfeststellung muss gleich nach der Einreise beantragt und ggf. nötige Qualifizierungsmaßnahmen angegangen werden.

Inhalte des Anerkennungsverfahrens

Das Anerkennungsverfahren wird nachstehend grob beschrieben. Detaillierte Informationen sind (auch übersetzt in zahlreiche Sprachen) im Internet unter der offiziellen Homepage www.anerkennung-in-deutschland.de abrufbar. Inhalte des Antrags auf Anerkennung sind in der Regel:

- Übersetzung und Beglaubigung der erforderlichen Dokumente und Nachweise
- Antragstellung auf Prüfung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation bei der zuständigen Anerkennungsstelle
- Ggf. Antragstellung auf Berufserlaubnis oder Approbation
- Wenn Unterschiede im Verfahren festgestellt wurden: Berufsfachliche Qualifizierungen zum Ausgleich der Unterschiede
- Weiterführender berufsbezogener Sprachunterricht (zum Beispiel, weil diese für die Berufszulassung erforderlich sind)
- Ggf. Nachweis sonstiger Zulassungsvoraussetzungen für dieses Berufsbild (zum Beispiel Führungszeugnis, gesundheitliche Eignung)

Im Anerkennungsverfahren wird von der zuständigen Stelle geprüft, inwieweit eine im Ausland erworbene berufliche Qualifikation mit der für diesen Beruf in Deutschland erforderlichen Qualifikation vergleichbar ist. Basis für diese Prüfung ist in der Regel die deutsche Ausbildungsordnung, Berufsordnung oder Studienordnung des Berufs in Deutschland. Neben formalen Studien- und Berufsabschlüssen kann auch nachgewiesene Berufserfahrung aus dem Herkunftsland berücksichtigt werden.

Bei vollständiger Übereinstimmung mit der Ausbildung im deutschen Referenzberuf wird eine Vollanerkennung der Berufsqualifikation beschieden, bei nur teilweiser Übereinstimmung eine

AW

5781

22



Teilanerkennung. Im Teilanerkennungsbescheid legt die zuständige Anerkennungsstelle fest, welche praktischen und/oder theoretischen Qualifizierungen erforderlich sind. Bei reglementierten Berufen¹ muss zudem eine Berufszulassung beantragt werden.

Anerkennungskosten und Bestimmungen zur Kostentragung

Das Anerkennungsverfahren ist kostenpflichtig. Kosten entstehen für den Antrag bei der zuständigen Anerkennungsstelle (Gebühr) sowie für die Übersetzung und Beglaubigung notwendiger Dokumente. Häufig entstehen zudem weitere Kosten für Qualifizierungen. Die Kostentragung ist nachfolgend dargestellt:

1. Die Kosten für die Antragstellung auf Prüfung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation werden vom Arbeitgeber getragen.
2. Kosten für Übersetzungen und Beglaubigungen von Dokumenten, die von der zuständigen Anerkennungsstelle für die Prüfung der Gleichwertigkeit verlangt werden, werden vom Arbeitgeber getragen. Ausgenommen sind Übersetzungskosten für Dokumente, die bereits für die Bewerbung bei einem deutschen Arbeitgeber oder das Auswahlverfahren im Herkunftsland von der ausländischen Fachkraft veranlasst wurden (zum Beispiel für Abschlusszeugnisse, Lebenslauf).
3. Berufsfachliche Qualifizierungen zum Erreichen der Gleichwertigkeit werden vom Arbeitgeber oder aus öffentlichen Mitteln gezahlt.
4. Kosten für die weiterführende berufsbezogene Sprachförderung in Deutschland werden vom Arbeitgeber finanziert oder aus öffentlichen Mitteln gefördert.
5. Der ausländischen Fachkraft entstehen bis zur beruflichen Zulassung keine Kosten für die sprachliche Vorbereitung.

Maximale Aufenthaltsdauer bis zur Feststellung der vollen Gleichwertigkeit und ggf. Berufszulassung

Der Aufenthaltstitel wird zunächst auf ein Jahr befristet. Die Verlängerung ist davon abhängig, ob gegenüber der Bundesagentur für Arbeit der Nachweis geführt wird, dass das Anerkennungsverfahren konsequent durchgeführt wurde und auch die notwendigen Qualifizierungen, Prüfungen usw. erfolgen.

¹ Reglementierte Berufe sind Berufe, bei denen die Berufsausübung nur mit der Anerkennung erlaubt ist. Für diese Berufe sind neben einer bestimmten Berufsqualifikation häufig weitere Voraussetzungen (z.B. bestimmtes Sprachniveau, gesundheitliche Eignung etc.) für die Berufszulassung notwendig. Das gilt vor allem für Berufe aus den Bereichen Gesundheit, Sicherheit oder Soziales wie z. B. Ärztin oder Lehrer. Auch eine geschützte Berufsbezeichnung wie z. B. Ingenieur, Befähigungsnachweise und Sachkundenachweise für einige selbstständige Tätigkeiten und Gewerbe sowie Fortbildungsabschlüsse wie z. B. Meister oder Fachwirtin sind Formen der Reglementierung.

AW

W

57/1



**Bundesagentur
für Arbeit**



Cofen
Conselho Federal de Enfermagem

Die Fachkraft muss innerhalb von maximal 3 Jahren die notwendigen Qualifizierungen durchführen und die volle Gleichwertigkeit ihrer Qualifikation in Deutschland erlangen. Sofern erforderlich, muss bis zu diesem Zeitpunkt auch die Berufsausübungserlaubnis vorliegen.

AW

27
HLS